
Testatsexemplar

PASM Power and Air Condition Solution
Management GmbH & Co. KG
München

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers



Inhaltsverzeichnis	Seite
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	1
1. Bilanz nach HGB zum 31. Dezember 2011	3
2. Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2011	7
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	1

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG, München
Bilanz nach HGB zum 31. Dezember 2011

Aktiva	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Softwarelizenzen	56.913,53	8		10.025
II. Sachanlagen				262.995
1. Technische Anlagen und Maschinen	450.743.862,48	423.637		273.020
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.800,15	34		973
3. Anlagen im Bau	18.909.307,24	27.350		1.367
	469.696.969,87	451.021	136.115.109,35	273.020
	469.753.883,40	451.029		90.181
			113.709.762,82	92.521
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.433.826,53	6.434		0
2. Untertage Erzeugnisse/Leistungen	296.357,59	6373		5.739
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	427.036,91	178		39.743
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	35.291.011,32	32.846		101.093
3. Forderungen gegen Gesellschafter	846.223,10	13.793		376
4. Sonstige Vermögensgegenstände	3.401.180,04	11.196		5.113
	39.965.451,37	58.013		5.113
	46.695.635,49	70.820		152.064
C. Rechnungsabgrenzungsposten	763.623,00	728	264.142.990,12	152.064
	763.623,00	728		4.972
	3.245.279,60	3.245.279,60		4.972
	517.213.141,89	522.577	517.213.141,89	522.577
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Kapitalanteile				
Kommanditeinlagen				
Festkapital				
II. Rücklagen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
2. Steuerrückstellungen				
3. Sonstige Rückstellungen				
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				
6. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00 (Vj. TEUR 0)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten				

PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG, München
Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

	2011 EUR	EUR	2010 EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	811.792.155,08		718.142.096,84	
2. Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	<u>-737.581.849,59</u>		<u>-664.906.018,49</u>	
3. Bruttoergebnis vom Umsatz		74.210.305,49		53.236.078,35
4. Vertriebskosten	-2.202.399,07		-2.181.911,27	
5. Allgemeine Verwaltungskosten	-17.642.662,87		-21.243.094,70	
6. Sonstige betriebliche Erträge	18.281.644,29		31.250.460,95	
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.400.743,54		<u>-115.074.593,28</u>	
		-2.964.161,19		-107.249.138,30
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64.999,41		17.124,75	
davon aus verbundenen Unternehmen TEUR	(19 TEUR)		(17 TEUR)	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.581.462,92		-8.064.893,45	
davon an verbundene Unternehmen TEUR	<u>(4.426 TEUR)</u>		<u>(6.453 TEUR)</u>	
		-4.516.463,51		-8.047.768,70
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		66.729.680,79		-62.060.828,65
11. außerordentliche Erträge	0,00		71.047,10	
12. außerordentliche Aufwendungen	<u>-32.917,00</u>		<u>-32.917,00</u>	
		-32.917,00		38.130,10
13. außerordentliches Ergebnis		66.696.763,79		-62.022.698,55
14. Steuern vom Ertrag	-3.601.726,36		<u>-608.484,60</u>	
		-3.601.726,36		-608.484,60
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		63.095.037,43		-62.631.183,15
16. Gutschrift/Belastung auf dem Rücklagenkonto		-63.095.037,43		62.631.183,15
17. Ergebnis nach Verwendungsrechnung/Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>

PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG, München

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

Grundlagen und Methoden.

Beschreibung der Geschäftstätigkeit.

Die PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG (im Nachfolgenden PASM KG oder Gesellschaft genannt) stellt innerhalb des Deutsche Telekom Konzerns strombasierte Produkte bereit, welche die Divisionen und Einzelgesellschaften der Deutsche Telekom AG, Bonn (im Folgenden DTAG) für den Betrieb ihrer technischen Einrichtungen benötigen. Gleichzeitig hat die PASM KG die Aufgabe, sämtliche inländischen Konzerneinheiten mit elektrischer Energie und sonstigen Energiearten zu beliefern bzw. beliefern zu lassen. Die DTAG hat sämtliche Anlagen der Gesicherten Energieversorgung (GEV) und der Raumluftechnik (RLT), die der Versorgung von Technikflächen dienen, auf die PASM KG im Wege der Einzelrechtsnachfolge gemäß den Bestimmungen des Einbringungsvertrages vom 30. Dezember 2004 übertragen.

Aufgrund des Antrages vom 16. September 2004 hat das Hauptzollamt München jeweils mit Schreiben vom 22. Oktober 2004 der Gesellschaft eine entsprechende Erlaubnis nach § 4 Abs. 1 und 2 Stromsteuergesetz zur Leistung von Strom als Versorger sowie nach § 9 Stromsteuergesetz zur steuerbegünstigten Entnahme von Strom als Unternehmen des produzierenden Gewerbes erteilt.

Mit der Übertragung der Druckluftüberwachungsanlagen (DLÜA) von der DTAG an die PASM KG in 2008 hat die PASM KG die diesbezügliche Betreiberverantwortung übernommen und damit ihr Produktportfolio erweitert. Daneben beauftragt die Gesellschaft mit Erweiterung des Gesellschaftszwecks in 2008 als kompetenter Auftraggeber Leistungen des technischen Facility-Managements für weitere technische Anlagen aus dem Portfolio des Deutsche Telekom Konzerns bei der STRABAG Property and Facility Services GmbH.

Die Gesellschaft gehört aufgrund der zum Bilanzstichtag bestehenden Gesellschafterstellung zum Konzern DTAG. Die DTAG und die DeTe Immobilien, Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH (im Folgenden DTI) haben die Gesellschaft zum 02. August 2004 gegründet. Mit notariellem Kauf- und Abtretungsvertrag vom und Wirkung zum 18. Dezember 2007 hat die DTI ihre 100 %ige Beteiligung an der Komplementärin PASM GmbH auf die DTAG übertragen. Neben dieser indirekten Beteiligung über die Komplementärin ist die DTAG seit Gründung der PASM KG unmittelbar als Kommanditistin beteiligt.

Das gezeichnete Kapital der Komplementärin PASM GmbH beträgt 25 Tsd. €. Sitz der PASM GmbH ist Bonn.

Grundlagen der Bilanzierung.

Der Jahresabschluss der PASM KG wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des BilMoG für große Kapitalgesellschaften i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB und des aktuell geltenden Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Gliederungsvorschriften der §§ 266 und 275 HGB, wobei die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 Abs. 3 HGB nach dem Umsatzkostenverfahren gegliedert ist. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Soweit zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit in Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst werden, erfolgt ein getrennter Ausweis bzw. eine detaillierte Beschreibung im Anhang. In Übereinstimmung mit den internationalen Gepflogenheiten beginnt die Berichterstattung mit der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Jahresabschluss der PASM KG wird in den Konzernabschluss der Deutsche Telekom AG, Bonn, als oberstes Mutterunternehmen einbezogen. Die Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts der Deutsche Telekom AG, Bonn, (im Folgenden auch DTAG genannt) erfolgt nach § 315a HGB unter Anwendung EU-konformer IFRS. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und sind ferner über die Internetseite des Unternehmensregisters der DTAG zugänglich.

Bilanzierung und Bewertung.

Als Umsatzerlöse werden alle Erlöse ausgewiesen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von unternehmenstypischen Dienstleistungen und aus dem Verkauf von unternehmenstypischen Waren anfallen und damit aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der PASM KG resultieren. Dies betrifft im Wesentlichen Erlöse aus der Bereitstellung von Verfügbarkeitsprodukten und Lieferung von Strom im DTAG-Konzern.

Der Ausweis der Umsatzerlöse erfolgt ohne Umsatzsteuer und um Erlösschmälerungen gekürzt. Entsprechend dem Realisationsprinzip erfolgt eine periodengerechte Erfassung.

Die Aufwendungen für die Altersversorgung umfassen Aufwendungen im Rahmen der Dotierung der Pensionsrückstellungen für die beschäftigten Arbeitnehmer. Die Pensionsverpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt (nach Änderung durch BilMoG). Die Gesellschaft übt das Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB aus, den aus der Neu- bzw. Umbewertung resultierenden Unterdeckungsbetrag der Pensionsverpflichtungen bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln.

Die Aufwendungen für Ertragsteuern beinhalten die unmittelbar zu entrichtenden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag, d.h. die Gewerbesteuer. Die PASM KG übt das Wahlrecht zur Bildung aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 HGB (nach Änderung durch BilMoG) nicht aus.

Entgeltlich erworbene Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet und planmäßig über die jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die PASM KG übt das Wahlrecht zur Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände (§ 248 Abs. 2 HGB) nicht aus.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Dabei umfassen die Herstellungskosten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige

Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Die dabei zu Grunde gelegten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern basieren auf einer betriebsindividuellen Einschätzung, die sowohl technische als auch wirtschaftliche Entwertungsfaktoren berücksichtigt und beträgt im technischen Sachanlagevermögen überwiegend zehn Jahre.

Mit in Kraft treten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes dürfen Abschreibungen die allein steuerrechtlich zulässig sind, im handelsrechtlichen Jahresabschluss im Grundsatz nicht mehr vorgenommen werden. Die PASM KG übt das Wahlrecht der Beibehaltung der bisherigen Wertansätze gemäß Art. 67 Abs. 4 S. 1 EGHGB aus. Der zum 31. Dezember 2009 erreichte Restbuchwert wird danach vom 1. Januar 2010 an linear über die Restnutzungsdauer abgeschrieben.

Die Zugänge zu beweglichen Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden ab dem Zugangsjahr pro rata temporis abgeschrieben.

Vermögensgegenstände von geringem Wert (steuerlich: Geringwertige Wirtschaftsgüter) wurden bis 31. Dezember 2007 im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und als Abgang ausgewiesen. Seit dem 1. Januar 2008 werden Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht mehr als 150 € betragen, im Zugangsjahr sofort abgeschrieben. Betragen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 150 €, aber nicht mehr als 1.000 €, werden die Vermögensgegenstände in jährlichen Sammelposten, die insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind, aktiviert und über einen Zeitraum von fünf Jahren planmäßig abgeschrieben. Mit dem Zeitpunkt der vollständigen Abschreibung werden diese Vermögensgegenstände im Anlagenspiegel als Abgang ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei Verkauf oder sonstigem Abgang mit ihren jeweiligen Buchwerten (Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der kumulierten Abschreibungen) ausgebucht. In Höhe des Unterschieds zwischen dem Verkaufserlös und dem Buchwert des Vermögensgegenstands wird ein Gewinn oder Verlust aus Anlageabgang ergebniswirksam berücksichtigt.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden zum Festwert bilanziert. Die letzte körperliche Bestandsaufnahme fand in 2009 statt. Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten enthalten auf Basis einer planmäßigen Kapazitätsauslastung die direkt zurechenbaren Einzelkosten wie Material- und Lohnkosten sowie Sondereinzelkosten der Fertigung zuzüglich angemessener anteiliger Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie Abschreibungen. Die Verwaltungs- und Vertriebskosten, Fremdkapitalzinsen sowie Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und die betriebliche Altersversorgung werden in den Herstellungskosten nicht berücksichtigt.

Nach § 240 Abs. 3 HGB werden gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens, die regelmäßig ersetzt werden und deren Wert für das Unternehmen von nachrangiger Bedeutung ist, mit einem Festwert angesetzt. Der Bestand unterliegt in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Veränderungen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, flüssige Mittel und aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nennbetrag angesetzt. Einzelrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand berücksichtigt. Eine Pauschalwertberichtigung war nicht erforderlich.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände werden im Zugangszeitpunkt vereinfachend zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Nur wenn der Wertansatz, der sich bei einer Umrechnung zum Devisenkassamittelkurs ergibt, wesentlich von dem Wertansatz abweicht, der sich bei einer Umrechnung zum Briefkurs ergeben würde, wird zum Briefkurs umgerechnet. Die Folgebewertung erfolgt gemäß § 256 a HGB zum

Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips (§ 253 Abs. 1 S. 1 HGB) und des Realisationsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB). Kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden stets mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 266 Abs. 2 Buchstabe C HGB als gesonderter Posten angesetzt. Sie werden zu jedem Abschlussstichtag neu berechnet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergeben sich aus Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern. Sie werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschafts-barwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Dabei werden auch künftig zu erwartende Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt. Der Zinssatz zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen entspricht dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB).

Die Gesellschaft übt das Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB aus, den aus der Neu- bzw. Umbewertung resultierenden Unterdeckungsbetrag der Pensionsverpflichtungen bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Barwert.

Die Steuerrückstellungen sowie die sonstigen Rückstellungen, einschließlich solcher für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und für Umweltrisiken, werden mit ihrem nach den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelten Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei der Bemessung dieser Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen. Die zu erwartenden zwischenzeitlichen Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zum Stichtag mit dem von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Zinssatz abgezinst. Als Zinssatz wird der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 7 Geschäftsjahre verwendet.

Sofern auf Grund der Einführung des BilMoG und der daraus folgenden Bewertungsänderungen Auflösungen von Rückstellungen notwendig werden, nimmt die Gesellschaft das Beibehaltungswahlrecht für einen höheren Wertansatz in Anspruch, soweit der aufzulösende Betrag bis zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste (Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB). Erhöhte sich hingegen in Folge der geänderten Bewertung der Wertansatz der gebildeten Rückstellung, wurde dieser Zuführungsbetrag im Jahr der Erstanwendung des BilMoG erfolgswirksam als außerordentlicher Aufwand gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB erfasst.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

Auf fremde Währung lautende Verbindlichkeiten werden im Zugangszeitpunkt vereinfachend zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Nur wenn der Wertansatz, der sich bei einer Umrechnung zum Devisenkassamittelkurs ergibt, wesentlich von dem Wertansatz abweicht, der sich bei einer Umrechnung zum Geldkurs ergeben würde, wird zum Geldkurs umgerechnet. Die Folgebewertung erfolgt gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages unter Beachtung des Imparitätsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB). Kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr werden stets mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags bewertet.

Ermessensspielräume.

Bei der Aufstellung des Abschlusses muss die Gesellschaft Einschätzungen vornehmen und Annahmen treffen, welche die Ansätze der Vermögensgegenstände und Schulden, die Angabe von Risiken und Unsicherheiten bezüglich der angesetzten Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag sowie die Aufwendungen und Erträge für den Berichtszeitraum beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

1 Umsatzerlöse

Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereich.

in Tsd. €	2011	2010
Umsatz Produktverfügbarkeit mit Nutzungsgrad und Bestellwert	590.675	519.676
Umsatz aus Bürostrom und sonstigen Stromlieferungen	165.348	155.311
Umsatz sonstige Technikprodukte	35.472	24.095
Umsatz aus Stromsteuer	20.297	19.060
Umsatz gesamt	811.792	718.142

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 93.650 Tsd. €. Wesentliche Ursache hierfür war die Weiterverrechnung der EEG-Zuschläge (Erneuerbare Energien Gesetz), sowie Mengensteigerung gegenüber Telekom Deutschland GmbH. Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Umsatzerlöse nach Kunden.

in Tsd. €	2011	2010
Deutsche Telekom AG	10.403	2.645
Ausland		
Telekom Deutschland GmbH (ehem. T-Home, OrgE der DTAG)	576.209	512.285
Telekom Deutschland GmbH (ehem. T-Mobile)	29.198	26.524
DFMG, Deutsche Funkturm GmbH	74.479	66.844
GMG, Generalmietgesellschaft mbH	52.814	42.387
T-Systems International GmbH	62.269	57.760
I.T.E.N.O.S. International Telecom Network Operation Services GmbH	4.306	6.123
T-Systems DDM GmbH	344	941
Übrige Konzernunternehmen	561	1.002
Sonstige Dritte	1.209	1.631
	811.792	718.142

2 Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen.

in Tsd. €	2011	2010
Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	(6.077)	6.373
Andere aktivierte Eigenleistungen	403	382
	(5.674)	6.755

3 Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen.

in Tsd. €	2011	2010
Stromaufwendungen einschließlich Nebenkosten	454.035	393.764
Instandsetzung, Instandhaltung, Wartung sowie i.w.S. Betreiben und Bedienen von Anlagen	175.045	180.295
Abschreibungen auf Sachanlagen	92.161	86.932
Stromcontrolling / Energiemanagement	5.636	6.203
Sonstige	5.031	4.467
Abzgl. Bestandsveränderung (vgl. 2.)	5.674	(6.755)
	737.582	664.906

Im Posten Stromaufwendungen sind Stromaufwendungen für Vorjahre in Höhe von 7.363 Tsd. € (2010: 3.067 Tsd.€) enthalten.

4 Vertriebskosten.

in Tsd. €	2011	2010
Personalaufwand Vertrieb	1.621	1.703
sonstige Vertriebskosten	581	479
	2.202	2.182

5 Allgemeine Verwaltungskosten.

in Tsd. €	2011	2010
Finanzen und Controlling	6.902	9.909
Geschäftsführung und Kommunikation	2.666	2.910
Sonstige Kosten der allgemeinen Verwaltung	8.075	8.424
	17.643	21.243
<i>Davon:</i>		
<i>Dienstleistungsverträge Rechnungswesen/Personal</i>	<i>6.043</i>	<i>8.225</i>
<i>Inventuraufwendungen</i>	<i>292</i>	<i>392</i>
<i>Versicherungsverträge</i>	<i>510</i>	<i>552</i>
<i>Jahresabschluss- und Prüfungskosten Wirtschaftsprüfer</i>	<i>274</i>	<i>445</i>
<i>Beratungskosten</i>	<i>505</i>	<i>129</i>
<i>Personalaufwendungen</i>	<i>2.421</i>	<i>3.075</i>
<i>IT-Aufwendungen</i>	<i>7.004</i>	<i>7.403</i>

6 Sonstige betriebliche Erträge.

in Tsd. €	2011	2010
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.044	13.012
Erträge aus Korrekturen der Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen	0	2.650
Erträge Ausbuchungen von Stromsteuerverbindlichkeiten für Vorjahre	0	2.278
Erträge aus Erstattung Stromsteuer 2009	0	793
Erträge Einkaufsleistungen	0	349
Erträge aus Anlagenverkäufen	590	1.164
Erträge aus periodenfremden Gutschriften Stromabrechnung	11.429	8.290
Erträge aus Versicherungsleistungen für Schadensfälle	160	317
Erträge aus Kostenerstattungen	165	888
Rohertrag STRABAG	0	861
Erträge aus Nachaktivierung DLÜA aus 2010	482	0
Erträge aus sonstigen Energiearten an GMG	388	0
Andere sonstige betriebliche Erträge	1024	648
	18.282	31.250

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen beinhalteten im Wesentlichen die Auflösung der Drohverlustrückstellung für Rohertrag mit 2.655 Tsd. € (2010: 0 Tsd. €) .

Die Erträge aus Anlageabgängen betrafen mit 511 Tsd. € (2010: 753 Tsd.€) hauptsächlich Erträge aus Anlagenverkauf von Netzersatzanlagen .

Der periodenfremde Anteil der sonstigen betrieblichen Erträge beträgt im Berichtsjahr 11.429 Tsd. € (2010: 11.360 Tsd. €). Sie entfallen insbesondere auf periodenfremde Gutschriften für Strombezug.

7 Sonstige betriebliche Aufwendungen.

in Tsd. €	2011	2010
Aufwendungen aus der Ausbuchung Stromsteuerforderung	0	85.021
Periodenfremder Aufwand Stromsteuer	0	20.847
Zuführung zu Rückstellungen Stromsteuer Vorjahre	0	2.912
Zuführung zu Rückstellungen Rückbauverpflichtung	615	2.248
Zuführung zu Rückstellung für sonstige Risiken	0	2.655
Verluste aus Anlageabgängen	631	1.284
Übrige Aufwendungen	155	108
	1.401	115.075

Der periodenfremde Anteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen beträgt im Berichtsjahr 31 Tsd. € (2010: 108.790 Tsd. €).

8 Materialaufwand.

in Tsd. €	2011	2010
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	452.631	392.309
Aufwendungen für bezogene Leistungen	182.086	187.953
	634.717	580.262

9 Personalaufwand/Beschäftigte.

in Tsd. €	2011	2010
Löhne und Gehälter	6.229	6.855
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Soziale Abgaben	555	537
Aufwendungen für Altersversorgung der Arbeitnehmer	599	670
Aufwendungen für Unterstützung	23	185
	7.406	8.247

Die Reduzierung der Personalaufwendungen resultiert aus einer überhöht gebildeten Rückstellung für variable Vergütung im Vorjahr.

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (ohne Geschäftsführer) entwickelte sich wie folgt:

Anzahl	2011	2010
Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer)	92,5	93
<i>davon Vollzeit</i>	<i>81,5</i>	<i>82,75</i>
<i>davon Teilzeit</i>	<i>11</i>	<i>10,25</i>

10 Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen.

in Tsd. €	2011	2010
Planmäßige Abschreibungen		
Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	11	6
Abschreibungen auf Sachanlagen	91.278	86.928
	91.289	88.944
Außerplanmäßige Abschreibungen		
gemäß § 253 Abs. 3 S. 3 HGB	875	0
	875	0

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen entfielen im Berichtsjahr im Wesentlichen mit 91.234 Tsd. € (2010: 86.912 Tsd. €) auf technische Anlagen und Maschinen (insbesondere gesicherte Energieversorgung und raumluftechnische Anlagen).

Die außerplanmäßigen Abschreibungen des Berichtsjahres entfielen mit 875 Tsd. € (2010: 0 Tsd. €) auf Wertberichtigungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert von Anlagen in Rechenzentren der T-Systems.

11 Finanzergebnis.

in Tsd. €	2011	2010
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65	17
<i>davon: Aus verbundenen Unternehmen</i>	19	17
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.581	8.065
<i>davon: An verbundene Unternehmen</i>	4.426	6.453
<i>davon: Aus der Aufzinsung von Rückstellungen</i>	139	584
	(4.516)	(8.048)

Das negative Zinsergebnis resultierte im Wesentlichen aus Zinsaufwendungen aus Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 2.846 Tsd. € (2010: 5.358 Tsd. €) und im Rahmen des konzerninternen Cash Poolings in Höhe von 1.204 Tsd. € (2010: 688 Tsd. €), sowie mit 373 Tsd. € (2010: 403 Tsd. €) aus weiterbelasteten Avalprovisionen.

12 Außerordentliches Ergebnis.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden außerdem gemäß der Übergangsvorschrift zur Einführung des BilMoG und der geänderten Bewertung der Rückstellungen für Pensionen ein Zuführungsbetrag in Höhe von 32.917,00 € (2010: 33 Tsd. €) im außerordentlichen Aufwand erfasst.

13 Steuern.

in Tsd. €	2011	2010
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.602	608

Die Steuern vom Ertrag beinhalten im Wesentlichen die Gewerbesteuer aus dem Jahre 2011.

14 Ergebnisverwendung.

Das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres, das einen Gewinn in Höhe von 63.095 Tsd. € (2010: Verlust 62.631 Tsd. €) ausweist, wurde gemäß Gesellschaftsvertrag aufgrund der Vorjahresverluste gegen die Kapitalrücklage verrechnet.

Erläuterungen zur Bilanz.

15 Anlagevermögen.

Der Anstieg des Sachanlagevermögens um 18.676 Tsd. € gegenüber dem 31. Dezember 2010 beruhte vor allem auf zusätzlichem Bauaufwand für IP-Core-Standorte sowie der verstärkten Aktivierung von neu zugewandenen Hauptverbraucherleitungen.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf insgesamt 112.191 Tsd. € (2010: 82.632 Tsd. €). Der Anstieg resultiert überwiegend aus der verstärkten Aktivierung von Hauptverbraucherleitungen sowie dem Ausbauprogramm IP-Core und new generation network. Der Schwerpunkt der Investitionen betraf insbesondere die Einrichtungen der gesicherten Energieversorgung und die raumluftechnischen Anlagen.

Anlagenspiegel

		Anschaffungs- oder Herstellungskosten						
		in Tsd. €	Stand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Abgänge aus Über- tragungen an Konzern- unter- nehmen	Umbuchungen	Stand 31.12.2011
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände							
	Softwarelizenzen		18	59	0	0	0	77
			18	59	0	0	0	77
II	Sachanlagen							
1.	Technische Anlagen und Maschinen		1.010.144	94.900	(5.462)	(2.678)	25.677	1.122.581
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung		85	54	(17)	0	0	122
3.	Anlagen im Bau		27.350	17.236	0	0	(25.677)	18.909
			1.037.579	112.190	(5.479)	(2.678)	0	1.141.612
	Summe Anlagevermögen		1.037.597	112.249	(5.479)	(2.678)	0	1.141.689

Abschreibungen				Buchwerte		
Stand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Abgänge aus Übertragungen an Konzernunternehmen	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2010
9	11	0	0	20	57	8
9	11	0	0	20	57	8
586.507	92.109	(4.293)	(2.486)	671.837	450.744	423.637
51	44	(17)	0	78	44	34
0	0	0	0	0	18.909	27.350
586.558	92.153	(4.310)	(2.486)	671.915	469.697	451.021
586.567	92.164	(4.310)	(2.486)	671.935	469.754	451.029

16 Vorräte.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.434	6.434
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	296	6.373
	6.730	12.807

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten ausschließlich Diesel- und Heizölvorräte für Netzersatzanlagen. Die **unfertigen Leistungen** resultierten insbesondere aus Bauvorhaben für Rechenzentren der T-Systems International GmbH.

17 Forderungen.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	427	178
davon: Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	35.291	32.846
davon: Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
Forderungen gegen Gesellschafter	846	13.793
davon: Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	11.196
	36.564	58.013

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen **und Gesellschafter** umfassten konzerninterne Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .

18 Sonstige Vermögensgegenstände.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen aus Steuern	510	819
Übrige sonstige Vermögensgegenstände	2.891	10.377
	3.401	11.196

Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände gegenüber dem 31. Dezember 2010 ist im Wesentlichen auf den Rückgang der debitorischen Kreditoren auf die Höhe von 2.547 Tsd. € (31. Dezember 2010: 8.792 Tsd. €) zurückzuführen. Im Weiteren enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen aus Sicherheitsleistungen an Dritte in Höhe von 344 Tsd. € (2010: 1.584 Tsd.).

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen in Höhe von 344 Tsd. € (31. Dezember 2010: 1.585 Tsd. €) haben alle eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

19 Rechnungsabgrenzungsposten.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 764 Tsd. € (31. Dezember 2010: 728 Tsd. €) enthält abgegrenzte Aufwendungen für strukturierte Beschaffung von Strom.

20 Eigenkapital.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Festkapital	10.025	10.025
Rücklagen	126.090	262.995
Gewinn/Verlust-Verwendung	63.095	(62.631)
Jahresfehlbetrag/-überschuss	63.095	(62.631)
	136.115	273.020

Das Eigenkapital sank gegenüber dem Jahr 2010 um 136.905 Tsd. €. Die Veränderung beruht zum einen aus einer Kapitalherabsetzung in Höhe von 200.000 Tsd. € (2010: 0 Tsd. €) und zum anderen auf dem Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres. Der Gewinn in Höhe von 63.095 Tsd. € (31. Dezember 2010: Verlust 62.631 Tsd. €) wurde gegen die Rücklagen verrechnet. .

Festkapital.

Das Festkapital der PASM KG beträgt zum 31. Dezember 2011 10.025 Tsd. € (31. Dezember 2010: 10.025 Tsd. €) und entspricht der Kommanditeinlage.

Rücklagen.

Die Rücklagen resultieren aus Sacheinlagen des Gesellschafters Deutsche Telekom AG in das Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2005 (327.762 Tsd. €) abzüglich der Kapitalrückzahlung in 2011 (200.000 Tsd. €), abzüglich dem Saldo aus Gewinnen/Verlusten der Vorjahre (64.767 Tsd. €) zuzüglich dem Gewinn des Jahres 2011.

21 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2009 wurde handelsrechtlich eine Pensionsrückstellung nach § 6a EStG gebildet. Mit Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum 01. Januar 2010 erfolgt die Bewertung der Pensionsrückstellungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Der sich durch die geänderte Bewertung der Pensionsrückstellungen ergebende Zuführungsbetrag wird gemäß der Übergangsvorschriften (Art. 67 Abs. 1 EGHGB) des BilMoG über 15 Jahre verteilt.

Der Anteil der aufgrund der Übergangsvorschriften des BilMoG in der Bilanz nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen beträgt zum 31. Dezember 2011 428 Tsd. € (31. Dezember 2010: 461 Tsd. €).

Zu dem jeweiligen Stichtag lagen der Berechnung die folgenden Annahmen zugrunde:

in %	31.12.2011	31.12.2010
Rechnungszinssatz	5,13	5,16

Gehaltstrend (AT/sonst)	2,75/ 2,75	3,5/ 3,25
Rententrend	1,5	1,5

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt unter Verwendung der Heubeck Richttafeln 2005 G.

Auf Basis der versicherungsmathematischen Gutachten ergab sich zum jeweiligen Abschlussstichtag folgender Bilanzansatz der Pensionsverpflichtungen:

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen	1.369	973
Mittelbare Pensionsverpflichtungen	0	0
	1.369	973

Der Anstieg der Rückstellungen gegenüber dem 31. Dezember 2010 entwickelte sich ganz regulär gemäß dem gestiegenen Altersdurchschnitt. Der verbleibende Zuführungsbetrag gem. Art. 67 Abs. 1 EGHGB beträgt per 31.12.2011: 428 Tsd. € (31.12.2010: 461 Tsd. €).

22 Steuerrückstellungen.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Gewerbeertragsteuer	4.233	0
Sonstige Steuern	0	1.367
	4.233	1.367

Der Anstieg der Steuerrückstellungen gegenüber dem 31. Dezember 2010 resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung der Rückstellung für Gewerbesteuer.

23 Sonstige Rückstellungen.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Verpflichtungen aus dem Personalbereich		
Altersteilzeit	87	126
Übrige Verpflichtungen	1.541	1.943
Sonstige Verpflichtungen		
Ausstehende Rechnungen für den Stromaufwand	54.965	41.489
Rückbauverpflichtungen auf fremden Grund und Boden	38.962	39.296
Ausgleichsverpflichtung Rohertragsgarantie ggü. STRABAG PFS	0	2.655
Risikorückstellung Batterien	1.623	0
Unterlassene Instandhaltungen, nachzuholen im 1. Quartal	109	171
Ausstehende Rechnungen Bauaufwendungen STRABAG PFS	7.041	557
Stromsteuerneuberechnung aufgrund Außenprüfung	3.421	3.421
Übrige sonstige Rückstellungen	359	523

108.108

90.181

Die Rückstellung Altersteilzeit verringerte sich aufgrund der erreichten passiven Phase.

Der gegenüber dem 31. Dezember 2010 niedrigere Bestand der Rückstellungen für übrige Verpflichtungen aus dem Personalbereich resultiert insbesondere aus der in 2010 überhöht gebildeten Rückstellung für variable Vergütung.

Die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Stromaufwand stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 insbesondere aufgrund gestiegener EEG-Zulage.

Die Sonstigen Verpflichtungen beinhalteten daneben vor allem Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen. Die PASM KG macht vom Beibehaltungswahlrecht des höheren Wertansatzes der Rückstellungen im Rahmen der Übergangsvorschriften des BilMoG gebrauch. Unter Verzicht der Beibehaltung des höheren Wertansatz hätte sich ein Auflösungsbetrag für die übrigen, sonstigen Rückstellungen im Jahr 2011 in Höhe von 14.968 Tsd. € (31. Dezember 2010: 15.152 Tsd. €) ergeben.

Außerdem wurde eine Risikorückstellung für Batterien gebildet. Im Zusammenhang mit Aquagen-Stopfen, die zur Ersparnis von Wartungsarbeiten in den Jahren 2009/2010 in Batterien angebracht wurden, hat sich nun ein erhöhtes Explosionsrisiko und damit eine mögliche Personengefährdung ergeben. Zur Vermeidung dieser Personengefährdung sowie zur Sicherstellung der Verfügbarkeit müssen diese Aquagen-Stopfen nun vollständig ausgetauscht werden.

24 Verbindlichkeiten.

in Tsd. €	31.12.2011				31.12.2010			
	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Übrige Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	1	0	0	0	0	0	0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6	6	0	0	5.739	5.739	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.412	27.138	274	0	39.743	39.743	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	118.847	18.847	100.000	0	101.093	1.093	100.000	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	111.765	111.765	0	0	376	376	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	6.112	6.112	0	0	5.113	5.113	0	0
<i>davon: Aus Steuern</i>	<i>6.101</i>	<i>6.101</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>5.113</i>	<i>5.113</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon: Im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
	264.143	163.869	100.274	0	152.064	52.064	100.000	0

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten im Wesentlichen mit 100.850 Tsd. € (31. Dezember 2010: 100.852 Tsd. €) die Verbindlichkeiten gegenüber der DeTeFinance und beruhen auf einem Darlehen in Höhe von 100.000 Tsd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betragen 111.765 Tsd. € (31. Dezember 2010: 376 Tsd. €).

Bei den Verbindlichkeiten aus Steuern handelte es sich um Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 1.728 Tsd. € (31. Dezember 2010: 1.443 Tsd. €), Stromsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 4.275 Tsd. € (31. Dezember 2010: 3.585 Tsd. €) und Lohnsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 99 Tsd. € (31. Dezember 2010: 85 Tsd. €).

25 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3.245 Tsd. € (31. Dezember 2010: 4.972 Tsd. €) handelt es sich in voller Höhe um ein ausbezahltes Agio zum gewährten Darlehen der DeTeFinance.

26 Latente Steuern.

Im Jahr 2011 besteht ein Aktivüberhang bei den latenten Steuern. Aus dem sich hieraus ergebenden Wahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 HGB, zum Ansatz der latenten Steuern, wird verzichtet.

Die aktiven latenten Steuern resultieren aus folgenden Sachverhalten

in Tsd. €	Differenz 31.12.2011	Latente Steuer	Differenz 31.12.2010	Latente Steuer
bilanzieller Wertansätze für				
Forderungen gegenüber Dritten (Wertberichtigung)	5	1	0	0
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungseinbehalten	48	8	47	7
Rückstellungen für Altersteilzeit (<= 1 Jahr)	0	0	1	0
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	109	18	170	26
Rückstellungen für Pensionen	64	10	74	12
Rückstellungen für Altersteilzeit (> 1 Jahr)	4	1	10	2
Rückstellungen für Mitarbeiterbonusprogramme	13	2	14	2
Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen	18.550	2.992	18.001	2.824
Rückstellungen für Drohverluste	0	0	2.655	417
Latente Steueransprüche auf Verlustvorträge				
Verlustvorträge aus lfd. Steuerberechnung	32.943	5.314	57.569	9.033
Verlustvorträge aus Sachverhalten Betriebsprüfung (BP-Risiken)	0	0	9.239	1.450
Latente Steueransprüche netto	51.736	8.346	87.780	13.773

Der Berechnung wurde ein Steuersatz von 16,13% (2010: 15,69%) zugrunde gelegt. Auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 32.943 T€ (31. Dezember 2010: 57.569 Tsd. €) wurden latente Steueransprüche berücksichtigt. Eine Steuerentlastung wird innerhalb von fünf Jahren erwartet.

Sonstige Angaben.

27 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen.

in Tsd. €	31.12.2011	31.12.2010
Haftungsverhältnisse	583.600	682.600
<i>davon: Gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>583.600</i>	<i>682.600</i>
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	374.022	382.999
<i>davon: Gegenüber verbundenen Unternehmen</i>	<i>457</i>	<i>461</i>

Die Gesellschaft weist unter **Haftungsverhältnisse** ein sonstiges Haftungsverhältnis gegenüber dem Gesellschafter DTAG mit einem Umfang von 583,6 Mio. € (2010: 682,6 Mio. €) aus. Im Rahmeneinkaufsvertrag DTAG – DTI (jetzt STRABAG PFS) wurde durch die DTAG eine Rohertragsgarantie gegeben, welche aufgrund der Vereinbarung zwischen DTAG und der PASM KG im Konzerninnenverhältnis auszugleichen ist.

Aufgrund der derzeitigen Planung wird das Risiko der Inanspruchnahme aus dieser Rohertragsgarantie für die Jahre 2011 bis 2013 als überwiegend unwahrscheinlich quantifiziert. Aus diesem Grund wurde die für diese Jahre gebildete Rückstellung aufgelöst. Für die danach folgenden Jahre wird dieses Risiko weiterhin als gering eingeschätzt.

Ferner bestehen **sonstige finanzielle Verpflichtungen** in Form von vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Auftragnehmern in Höhe von 374.022 Tsd. € (2010: 382.999 Tsd. €). Diese sind auf einen Zeitraum von drei Jahren verteilt und betreffen in Höhe von 336.900 Tsd. € (2010: 373.819 Tsd. €) Verpflichtungen für Stromprodukte, in Höhe von 36.665 Tsd. € (2010: 8.719 Tsd. €) Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen und in Höhe von 457 Tsd. € (2010: 461 Tsd. €) Mietzahlungen im Konzern.

Die PASM KG hat u.a. Vertragserfüllungsbürgschaften für Verbindlichkeiten aus dem Stromeinkauf zwecks Absicherung der Entgeltforderung abgeschlossen. Konzernbürgschaften wurden in Höhe von 105.600 Tsd. € (2010: 163.600 Tsd. €) ausgestellt. Außerdem besteht noch eine Bankbürgschaft in Höhe von 310 Tsd. € (2010: 310 Tsd. €).

Außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen nicht.

Die Gesellschaft hat **Terminkäufe** im Rahmen des strukturierten Stromeinkaufs für den Strombedarf der Folgejahre abgeschlossen. Auf Basis der an der EEX (Börse) abgeschlossenen Stromprodukte (Forwards) wurde ein künftiger Einkaufswert in Höhe von 322.517 Tsd. € (2010: 324.263 Tsd. €) abgesichert. Gemäß § 285 Nr. 19 HGB wurde der beizulegende Zeitwert der Forwards am 31. Dezember 2011 unter Zugrundelegung der aktuellen Marktwerte mit 306.143 Tsd. € (2010: 284.163 Tsd. €) ermittelt.

28 Honorare und Dienstleistungen der Abschlussprüfer.

Das von den Abschlussprüfern für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB ist in der entsprechenden Anhangangabe des Konzernabschlusses enthalten.

29 Angaben zu den Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Verbundene Unternehmen. Die PASM KG steht mit zahlreichen verbundenen Unternehmen in Geschäftsbeziehungen. Die Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Nahe stehende Unternehmen und natürliche nahe stehende Personen. Zu weiteren nahe stehenden Unternehmen und natürlichen Personen haben in 2011 keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden.

30 Organe der Gesellschaft.

Geschäftsführung.

Die PASM GmbH ist als Komplementärin zur Führung der Geschäfte der PASM KG berechtigt und verpflichtet.

Die Geschäftsführung der PASM GmbH setzt sich wie folgt zusammen:

Dipl.-Ing. Univ. Götz Wolf, Vorsitzender der Geschäftsführung seit 08.09.2004, kaufmännischer Bereich,

Dipl.-Ing. Willi Hoffmann, Geschäftsführer seit 13.06.2005, technischer Bereich – ausgeschieden am 28.02.2011,

Dipl.-Ing. Peter Kaden, Geschäftsführer seit 01.03.2011, technischer Bereich.

Zur Vertretung der Gesellschaft ist die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe zu den Bezügen der Geschäftsführung.

Aufsichtsrat.

Die Gesellschaft hat einen aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat, der für 2011, wie schon in 2010, auf Bezüge verzichtet hat.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind

Dr. Bruno Jacobfeuerborn, Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 09.03.2010, Mitglied des Aufsichtsrats seit 29.10.2009, Director Technology, Telekom Deutschland GmbH

Albert Matheis, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 09.03.2010, Mitglied des Aufsichtsrates seit 29.10.2009, Senior Vice President, Functional Controlling NT (F-CT), Telekom Deutschland GmbH

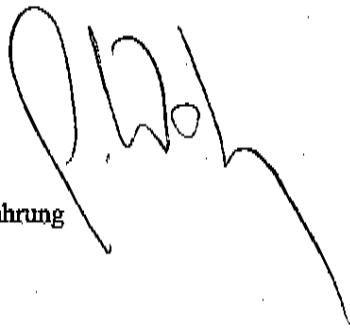
Wolf-Thilo Junkes, Mitglied des Aufsichtsrats seit 16.03.2006, Senior Vice President, Corporate Real Estate Management, Deutsche Telekom AG

Dr. Volker Pyrtek, Mitglied des Aufsichtsrats seit 12.12.2008, ausgeschieden am 30.09.2011, Chief Procurement Officer der Deutsche Telekom AG

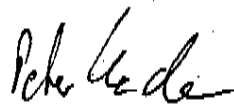
Sonstiges.

Vorschüsse und Kredite an Organmitglieder sowie ehemalige Organmitglieder wurden nicht gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zu Gunsten dieses Personenkreises eingegangen (§ 285 Nr. 9c HGB).

München, den 16. Februar 2012



Geschäftsführung



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der PASM Power and Air Condition Solution Management GmbH & Co. KG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Inanspruchnahme der Befreiung nach § 264 b HGB (Verzicht auf Lagebericht) liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Komplementär-GmbH der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer der Komplementär-GmbH sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Zum Zeitpunkt der Beendigung unserer Prüfung konnte nicht abschließend beurteilt werden, ob die Befreiung des § 264b HGB (Verzicht auf Lagebericht) zu Recht in Anspruch genommen worden ist, weil die Voraussetzungen der Nr. 2 (Offenlegung des Konzernabschlusses nach dem für das den Konzernabschluss aufstellende Unternehmen maßgeblichen Recht) und Nr. 3 (Angabe der Befreiung im Anhang des vom Mutterunternehmen offen gelegten Konzernabschlusses) dieser Vorschrift ihrer Art nach erst zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt werden können.

München, den 16. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Andreas Fell
Wirtschaftsprüfer

ppa. Alexander Fiedler
Wirtschaftsprüfer





20003123270010